

„Die EU muss auf die Reset-Taste drücken“

Herbert Heyer aus Aachen beschäftigt sich mit dem Interview „Steht Europa bald vor einem Scherbenhaufen?“ mit Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn:

Asselborn fordert: Solidarität zeigen mit Europa. Aber was heißt das? Doch wohl nicht, dass die Länder der EU den Weisungen der Brüsseler Administration bedingungslos folgen sollen. Wozu gibt es einen Maastrichter, einen Lissabonner oder einen Dubliner Vertrag? Es ist nicht bekannt, dass die Länder Osteuropas gegen diese verstoßen haben. Sollten sie sich Bundeskanzlerin Angela Merkel unterwerfen, als sie vertrags- und gesetzeswidrig Hunderttausende unregistrierte Flüchtlinge nach Europa einströmen ließ, ohne mit den anderen EU-Ländern darüber zu sprechen?

Solidarität? Sollen Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg 40 Jahre lang unter kommunistischer Zwangsherrschaft leben mussten und keine nationale Identität bilden konnten, denselben Blick auf unkontrollierte Migrantenströme haben wie Deutschland? Dieses ist immerhin ein Land, das gegen seine Nachbarn Angriffskriege geführt hat mit einem Blutzoll von Millionen von Menschenleben. Und das nun zeigen will, dass es auch anders kann. Soll es. Aber ist

„Der Papst sollte mal mehr in den Nahen Osten schauen und dorthin eine riesige Botschaft senden, denn dort ist die Christenverfolgung so groß wie in der gesamten bisherigen Geschichte der Christenheit nicht.“

**ERIKA KÖCHLING
LESERIN AUS DÜREN**

es nicht unsolidarisch, historische Unterschiede einfach zu negieren und von anderen die Erfüllung höchster Wertideale zu fordern, die nach den genannten Verträgen gar keine Grundlage haben? Nein, die wahren Werte Europas sind die demokratischen Werte: Rechtsstaatlichkeit, Vertragstreue, Gewaltenteilung, Transparenz staatlichen Handelns und die Teilhabe der Bürger an den Entscheidungen. An vielem von dem muss in Brüssel noch intensiv gearbeitet werden.

Diese Werte-Europameister mit ihren zu arroganter Selbstgefälligkeit neigenden Anklagen sollten ihre Ansprüche mal etwas niedriger hängen. Sie werden mit ihren maßlosen Vorwürfen gegen andere Nationen die Idee eines gemeinsamen Europas eher zerstören als ihr nützen.

Dr. Franz Wolters aus Eschweiler blickt noch mal auf die Karlspreisverleihung an Papst Franziskus in Rom und bezieht seinen Leserbrief unter anderem auf den Kommentar „Wie erwartet! – Was bewirken nun die Botschaften des Papstes?“ von Bernd Mathieu:

Dass man sich jetzt für den Papst entschied, empfand ich zunächst als gelungene Überraschung: Papst

Franziskus, dieses erfrischend unkonventionelle Oberhaupt der katholischen Kirche, diese absolute moralische Autorität, im Aachener Krönungssaal redend und anschließend beim Bad in der Menge vor dem Rathaus! Diese Vorstellung gefiel mir. Aber bei nüchternen Betrachtung kamen dann doch Zweifel bei mir auf. Was hat dieser Mann für die Einigung Europas getan außer einer Mahnrede vor dem Europaparlament?

Ich bin seit 36 Jahren mit einer Französin verheiratet. Unsere Hochzeit in einem lothringischen Dorf mit vielen Deutschen und Franzosen war ein tolles Beispiel für die beginnende Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern. Was ist daraus geworden?

Ein aufgeblähtes, bürokratisches, zerstrittenes Europa, nicht regiert, sondern durchmanövriert von bürgerfernen Polittechnokraten in Brüssel, die sich mit faulen Kompromissen um schwere, aber notwendige Entscheidungen (Griechenland) drücken. Ein Europa, das im Begriff ist, seine Identität zu verlieren durch massenhafte Zustrom kulturfremder oder gar kulturinkompatibler Menschen (Flüchtlingskrise). Ein Europa, das sich durch einen türkischen Diktator erpressen lässt. Ein Europa, das angeblich schuld sein soll an Bürgerkrieg, Korruption und Misswirtschaft in Nahost und Afrika.

Unser damaliger Optimismus ist umgeschlagen in Skepsis und Verdross. Ich denke, dass die EU die Reset-Taste drücken muss. Dass sie einen grundlegenden Neuanfang braucht, aber diesmal nicht auf einem Fundament aus Blauäugigkeit und Lügen, sondern aus Ehrlichkeit und Realismus. Nur so wird Europa die dramatischen Veränderungen in der Welt, insbesondere die gerade erst begonnene Völkerwanderung – vielleicht – überstehen.

Erika Köchling aus Düren befasst sich mit demselben Kommentar von Bernd Mathieu:

Der Kommentar zur Karlspreisverleihung an den Papst beginnt mit dem Satz: „Dieses Europa ist ziemlich heruntergekommen.“ Wie nicht anders zu erwarten: von Journalisten, Künstlern und Kirchenleuten eine einzige Schelte der Europäer und Europas. Wann hört diese Schimpferei endlich auf? Wenn man sich seines Verstandes bedient und die Willkommenseuphorie etwas bremst, weiß man, dass eine Regelung des Flüchtlingsstromes auch durch Grenzsicherungen dringend notwendig war. Maßnahmen mussten getroffen werden, wenn nicht alles aus dem Ruder laufen sollte. Aber es ist ja alles eine „idiotische Einrichtung von Zäunen und Mauern“, so der Kommentar. Der Innenminister verkündet ganz sachlich, dass die Flüchtlingszahlen

nunmehr stark zurückgegangen seien. Warum wohl? Weil von Österreich angefangen die Balkanstaaten „idiotische Zäune“ errichtet haben und so die viel gescholtene „Drecksarbeit“ machen, die man offiziell natürlich als inhuman, Verrat etc. hinstellen muss und im Grunde genommen froh darüber ist. Ein rechtslastiges Europa – und wir steuern darauf zu – ist für Flüchtlinge nicht mehr von Nutzen!

Wie wäre es mit einem großen Campus für die armen Menschen im Vatikanstaat und Umgebung? Dauerhaft betreut und finanziert von der katholischen Kirche. Von den vielen Klöstern ganz zu schweigen. Der Papst sollte mal mehr in den Nahen Osten schauen und dorthin eine riesige Botschaft senden, denn dort ist die Christenverfolgung so groß wie in der gesamten bisherigen Geschichte der Christenheit nicht. Ein immer gescholtenes Kind hat bald

keine Lust mehr auf Gutmenschen und wird renitent und aggressiv. Ein Kommentar in diesem Sinne wäre auch mal angebracht.

Karl-Heinz Keune aus Stolberg betont hinsichtlich der Karlspreisverleihung:

Welche außergewöhnlichen Taten dieser Papst für die Einheit Europas erbracht hat, ist mir verborgen geblieben. Die Motivation für die Preisverleihung vermute ich in dem Versuch, die Stadt Aachen national und international in den Fokus zu rücken, und als Imageflecke für die Stadt.

Selbstverständlich sind die Mahnungen des Papstes bezüglich der Jugend Europas richtig und notwendig, auch wenn die gleichen Worte aus den Fensterreden von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk, Bundeskanzlerin Angela Merkel und anderen schon hin-

länglich bekannt sind. Solange sich Bänker, Sparkassenvorstände, Vorstände von Konzernen etc. skrupellos die Taschen füllen, wird sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Solange der Raubtierkapitalismus weiter Raum greift, wird wohl kaum ein müder Euro für unsere Jugend übrigbleiben.

Vielleicht ein Tipp für die nächste Karlspreisverleihung, eine Lichtgestalt aus Polen namens Jaroslaw Kaczynski, ehemaliger Ministerpräsident in Polen. Hat doch dieser Mann es durch sein anti-europäisches, antidemokratisches, nationalistisches, rassistisches Handeln geschafft, die anderen europäischen Führungsfiguren näher zusammenrücken zu lassen (wenigstens einen Teil davon).

In diesem Zusammenhang ein Tipp an Außenminister Frank-Walter Steinmeier: Versuchen Sie nicht, diesem Mann Honig um den Bart zu schmieren, sondern treten Sie ihm in den Hintern. Bei der Wahl dieser Kandidaten könnte dieser Preis auf gleicher Augenhöhe übergeben werden, wenn erwünscht auch in Warschau. Dies dürfte ja wohl kaum eine Rolle spielen, die Kosten zahlt der kleine Mann.



Brexit-Referendum: Am 23. Juni 2016 entscheidet sich Großbritanniens Zukunft. Dann werden die Briten darüber abstimmen, ob sie in der EU bleiben oder doch lieber austreten wollen. Wie die Entscheidung ausgeht, ist derzeit nicht vorherzusehen.
Foto: epa/Laurent Dubrule

Geld für Pflegeberufe, Geschädigte und Kinder ausgeben

Dr. Andreas Wittrahm, Bereichsleiter Facharbeit und Sozialpolitik bei der Caritas Aachen, meldet sich zum Artikel „Kein Krankenhaus wird geschlossen“ mit Waldemar Radtke, Regionaldirektor der AOK Rheinland/Hamburg, zu Wort:

Den Bericht zur Krankenhausplanung in unserem Versorgungsgebiet möchte ich aus der Sicht des Diözesancaritasverbandes als Spitzenverband der katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen nicht unkommentiert lassen. Dass es vor allem infolge des demografischen Wandels Veränderungen in der Krankenhauslandschaft geben muss, ist unbestritten. Darüber verhandeln alle Beteiligten auf der Grundlage des neuen Krankenhausbedarfsplanes, und den Ergebnissen dieser Verhandlungen sollte nicht vorgegriffen werden. Zu bedenken geben möchte ich allerdings, dass gerade für die vielen

älteren und hochaltn Patienten und vor allem ihre Angehörigen eine gute und einfache Erreichbarkeit der auf ihre gesundheitlichen Probleme besonders ausgerichteten Krankenhäuser unerlässlich ist.

Die Ausführungen von Herrn Radtke zu den Kostentreibern „Ärzte“ möchte ich aber nicht unwidersprochen lassen. Zumindest die Krankenhäuser haben wegen der unerlässlichen Ausgaben auch ein Einnahmeproblem: Zum einen mussten sie die Zahl der Ärzte deutlich erhöhen, weil das Arbeitsrecht die Regeln für den ärztlichen Bereitschaftsdienst stark verändert hat. Zum anderen fehlen den Krankenhäusern seit Jahren Investitionsmittel, für die die Landesregierung zuständig ist. Unter anderem hat, das sei zugegeben, der Pflegedienst gelitten. Doch schlägt dabei auch der Fachkräftemangel

durch: Qualifizierte Pflegekräfte sind gar nicht so einfach zu gewinnen. Deshalb bitten wir zur Kenntnis zu nehmen, dass sich gerade die christlichen Krankenhäuser in überdurchschnittlicher Weise um die Ausbildung von Pflegenden bemühen, weil sie wissen, dass nur eine umfassende Sorge um den kranken Menschen die Chancen für eine Heilung, die Linderung von Beschwerden oder auch ein würdiges Lebensende gewährleistet.

Martina Schnieders aus Herzogenrath meint zum Text „Contergan-Skandal: starke Firma, schwacher Staat“:

NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens bezeichnet den Contergan-Skandal als „Kampf David gegen Goliath“, was die Verfügungs- und Durchsetzungskraft des Staates gegen die Pharmafirma

Grünenthal vor fast 55 Jahren betrifft. Das ist ja ganz neu, und vermutlich ist es das Hauptziel der Studie, dass dem Land aufgrund der damaligen Rechtsnormen „keine Rechtsverstöße bei der Contergan-Katastrophe angelastet werden können“. Das ist immens wichtig als Kernerkenntnis zu erwähnen, genau wie die seinerzeit übermächtige Firmenmacht bezüglich Drohungen gegen das Land und der Verpflichtung kostspieliger Experten, Gutachter und Anwälte durch Grünenthal. Und noch immer ist das Land heute ein David gegen den Industrie-Goliath, denn die politischen Machtträger haben auch heute nicht das Mehr an Mut, das Frau Steffens sich vonseiten der staatlichen Behörden seinerzeit gegenüber Grünenthal gewünscht hätte. Nur heute ist noch stärker europäisches Recht dem Bund und Land überge-

stülpt. Vielleicht wird es in einem weiteren halben Jahrhundert auch für die maroden AKW, den Heilmattfraß der RWE oder andere politische Handlungsdepressionen eine Aufarbeitungsstudie geben? Same procedure! Fürs Erste wüsste ich aber als Steuerzahlerin mal gerne, welches vom Bürger fiskalisch geleistete Budget die Bearbeitung von 3000 Aktenbänden bis hin zum vorgestellten Ergebnis auf 690 Seiten aufgefressen hat. Denn ehrlich gesagt: Dass die Gesundheits- und Justizbehörden seinerzeit versagt haben, das ist klar. Welchen Sinn macht nach einem halben Jahrhundert eine solch aufwändige und sicher teure Studie? Das Geld wäre – wenn schon nicht bei den Contergan-Geschädigten selbst – in Schule, Kindergarten oder OGS sicher sinnvoller angelegt als zur Selbstentlastung der Politik.

IN KÜRZE



► **Dr. Hans Latour aus Hückelhoven hat sich Gedanken über den Satiriker Jan Böhmerrmann und sein Erdogan-„Schmähgedicht“ sowie über den Fußballspieler Arturo Vidal (Foto) vom FC Bayern München gemacht:**

Vielleicht sollte man zwei Namen umändern: Vidal in Schwabberich und Böhmerrmann in Geni(tal)-Satiriker.

► **Anne Fiolka aus Baesweiler reagiert auf den Bericht über die Erlaubnis des NRW-Innenministeriums, Jodtabletten in der hiesigen Region verteilen zu dürfen:** Als ich Ihren Bericht gelesen habe, war ich besorgt, bestürzt und fassungslos zugleich. Für den atomaren Ernstfall, wenn er dann eintreten sollte, werden vorher also Jodtabletten verteilt. Welch ein Trost! Dies vergleiche ich mal mit einer prophylaktischen Grippeimpfung. Der Grund hierfür ist jedoch harmlos, harmloser geht es gar nicht. Man weiß schon seit langem um die zweifelhafte Sicherheit der beiden Atommeiler Doel 3 und Tihange 2 und welche Gefahr von ihnen ausgeht. Was ist dagegen unternommen worden? Nichts! Doch! Es werden Jodtabletten verteilt. Es ist ein Hohn, ein Schlag ins Gesicht für uns, für alle Betroffenen, die machtlos sind.

► **Albert Breuer aus Aachen geht auf den Leserbrief „Stigma scheint nicht zu stören“ von Hans-Jürgen Ferdinand aus Aachen ein, der der Kirche eine „unterdurchschnittliche Moralität“ bescheinigte:**

Herr Ferdinand hat bereits sporadisch Leserbriefe geschrieben, fast ausschließlich zum Thema Religion und katholische Kirche und sich jeweils als Kirchenhasser „profilieren“. Ich möchte den genannten Brief nicht kommentieren, weil er für die Allgemeinheit ohnehin völlig bedeutungslos ist. Ich wünsche Herrn Ferdinand lediglich hin und wieder ein paar Nachhilfestunden von gedulden und kompetenten Menschen, die ihm nachhaltig das Gute, das Kirche, Glaube und Katholiken in all den Jahrhunderten bewirkt haben, zu vermitteln in der Lage sind.

► **Klaus Niessen aus Gangelt merkt zur Meldung „Rabe als Brötchendieb“ an:**

Beim Lesen des Artikels musste ich zunächst schmunzeln, doch dann musste ich an die vielen unaufgeklärten Einbruchsdelikte der Polizei in NRW und speziell in Heinsberg denken, die lediglich am Schreibtisch administrativ abgearbeitet beziehungsweise verwaltet werden. Welche Prioritäten setzt wohl eine Polizeibehörde, wenn Überwachungskameras für einen zugegebenermaßen wiederholten Brötchendiebstahl eingesetzt werden und Hinweise von Geschädigten bei Einbruchsdelikten häufig ohne Untersuchung ad acta gelegt werden? Hier sollte die zuständige Behörde doch wohl ihre Ressourcen besser einsetzen, auch wenn die Aufklärungsbilanz durch das Beweisfoto im Artikel verbessert wird.



INFO & KONTAKT

Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Bitte beachten Sie, dass auch Leserbriefe, die per E-Mail geschickt werden, die vollständige Anschrift des Verfassers enthalten müssen.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.

Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbriefe Postfach 500 110 52085 Aachen

Leserbrief-Redaktion: (montags bis freitags, 9 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-431, -444 Fax: 0241/5101-360 leserbriefe@zeitungsverlag-aachen.de